



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 04.03.2010	Beginn 17:00 Uhr	Ende 19:35 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Grunewald, Frank

Philipp, Gerd E.

Schier, Klaus Peter

Flüshöh, Oliver

Hens, Bernd

bis 18:10 Uhr

Kampschulte, Matthias

Rüttershoff, Heinz-Joachim

Zeilert, Hans-Jürgen

Vertretung für Frau Christiane Sartor

Beckmann, Philipp J.

bis 18:55 Uhr

Schwunk, Michael

Gießwein, Brigitta

Gießwein, Marcel

Kranz, Jürgen

Feldmann, Jürgen

Siepmann, Ernst Walter

Ratsmitglied als Vertreter

Tempel, Gabriele

Vertretung für Herrn Thorsten Kirschner

Vorsitzender

Stobbe, Jochen

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Dowidat, Christa

Fischer, Rudolf

Guthier, Wilfried

Heringhaus, Petra

Kaltenbach, Rosemarie

Kuss, Jürgen

Voß, Jürgen

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Kirschner, Thorsten

Vertretung durch Frau Tempel

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

Vertretung durch Herrn Zeilert

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|------|---|------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.01.2010 | |
| 2 | Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 4 | Änderung von Ausschussbesetzungen | 024/2010 |
| 5 | Errichtung eines Mensagebäudes für das Märkische Gymnasium | 035/2010 |
| 6 | Bebauungsplan Nr. 85 "Östlich Zamenhofweg"
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 2 BauGB
2. Beschluss gem. § 3 Abs. 1 BauGB
3. Beschluss gem. § 4 Abs. 1 BauGB | 011/2010 |
| 7 | 24. Flächennutzungsplanänderung (Bereich Talstraße, Baumarkt)
2. Erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und erneute Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB | 013/2010 |
| 8 | Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen 2010 | 034/2010 |
| 9 | Erweiterung der Förderschule um den Schwerpunkt Sprache | 217/2009 |
| 10 | Neufassung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse und der Zuständigkeitsordnung der Stadt Schwelm | 222/2009 |
| 10.1 | Neufassung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse und der Zuständigkeitsordnung der Stadt Schwelm | 222/2009/1 |

10.2	Neufassung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse und Änderung der Zuständigkeitsordnung	222/2009/1/1
11	Beratung Haushaltsplanentwurf 2010 / 2011	041/2010
12	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.02.2010 "Einführung eines ganzheitlichen Energiemanagements für alle Liegenschaften der Stadt Schwelm"	033/2010
13	Fragen des Ausschusses an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.01.2010

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

2 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

3 Mitteilungen

Herr Voß teilt mit, dass Besetzungsprobleme seitens des Regierungspräsidenten dazu geführt haben, dass das unter Beteiligung der Fraktionsvorsitzenden für den 11.03.2010 angedachte Auftaktgespräch zum Haushaltssicherungskonzept mit der Aufsicht nicht stattfinden könne. Die Kreisdirektorin bemühe sich um einen neuen Termin in der 12. Kalenderwoche (außer Montag).

Sobald ihm weitere Nachricht vorliege, werde er die Fraktionsvorsitzenden informieren.

4 Änderung von Ausschussbesetzungen 024/2010

Beschluss:

Die in der Vorlage 024/2010 vorgeschlagenen Änderungen der stellvertretenden Ausschussbesetzungen werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

NB: Bürgermeister

5 Errichtung eines Mensagebäudes für das Märkische Gymnasium 035/2010

Der Bürgermeister erläutert die Beweggründe für den Beschlussvorschlag der Vorlage 035/2010.

In der Ratssitzung vom 17.09.2009 wurde bereits auf die Mehrkosten in Höhe von 125.000 € hingewiesen und eine Aufstellung hierzu verteilt.

Es habe sich von September bis heute kein neuer Sachverhalt ergeben, für die Fortsetzung der Maßnahmen sei jedoch ein Beschluss erforderlich.

Herr Stobbe bejaht die Frage des Herrn Flühöh, dass in den 125.000 € der Ausbau nach der Versammlungsstättenverordnung enthalten sei.

Herr Flüshöh weist darauf hin, dass er sichergestellt haben möchte, dass der Betrag für die Bühne vorgesehen werde.

Herr Voß erklärt, dass im Rat zum Thema Bühne Stellung genommen werde, es im Moment aber nur um die Fortführung der Bauarbeiten und die Stromversorgung gehe.

Herr Feldmann erinnert an die Barrierefreiheit. Hierzu erläutert der Bürgermeister, dass die Barrierefreiheit bereits diskutiert worden sei. Für den ursprünglich vorgesehenen Aufzug gebe es inzwischen eine andere Lösung.

Beschluss:

Die Arbeiten für die Errichtung der Mensa am Märkischen Gymnasium dürfen im Jahre 2010 mit einem Auftragsvolumen von insgesamt 458.600 € bereits vor Beschlussentscheidung des Rates über den Etat 2010/2011 fortgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

- 6 Bebauungsplan Nr. 85 "Östlich Zamenhofweg" 011/2010**
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 2 BauGB
2. Beschluss gem. § 3 Abs. 1 BauGB
3. Beschluss gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Herr Philipp teilt mit, dass er Fragen habe, die er aber nur im nichtöffentlichen Teil der Sitzung stellen könne.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters erklärt der Rat sein Einverständnis zur Beschlussfassung über Vorlage 011/2010 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

- 7 24. Flächennutzungsplanänderung (Bereich 013/2010**
Talstraße, Baumarkt)
2. Erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2
Baugesetzbuch (BauGB) und erneute Beteiligung der
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange
gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Herr Stobbe weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag im AUS am 26.01.2010 unter Punkt 3. der Vollständigkeit halber um die Begriffe

- Umweltbericht und
- Klimaanalyse

ergänzt wurde.

Er bittet, dies zur Kenntnis zu nehmen und ruft zur Abstimmung über den ergänzten Beschlussvorschlag auf.

Ergänzter Beschluss:

1. Der Beschluss des Rates der Stadt Schwelm vom 19.06.2008 der 24. FNP-Änderung (Bereich Talstraße, Baumarkt) wird aufgehoben.
2. Die Entwurfsbegründung zur 24. Flächennutzungsplanänderung (Bereich Talstraße, Baumarkt) wird wie folgt geändert: "Die Gesamt-Verkaufsfläche beträgt 12.100 qm und beinhaltet Flächen von insgesamt max. 10 % (1.210 qm insg.) für zentrenrelevante Randsortimente."
3. Gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die 2. erneute öffentliche Auslegung der 24. FNP-Änderung (Bereich Talstraße, Baumarkt), einschließlich der dazugehörigen Entwurfsbegründung beschlossen.

Informationen zu umweltrelevanten Aspekten :

- Städtökologischer Fachbeitrag
- Umweltbericht
- Klimaanalyse

Diese Unterlage kann während der Offenlegung eingesehen werden. Von der Regelung des § 4 a Abs. 6 BauGB, dass unter den darin genannten Voraussetzungen Stellungnahmen, die nicht innerhalb der Offenlegungsfrist abgegeben werden, unberücksichtigt bleiben, wird Gebrauch gemacht.

Die 24. FNP-Änderung mit der dazugehörigen Entwurfsbegründung ist für die Dauer eines Monats im Fachbereich 5/6 „Bürgerservice“ (Planung) öffentlich auszulegen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Planentwurfes der 24. FNP-Änderung (Bereich Talstraße, Baumarkt) die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung, durchzuführen.

Zu beteiligen sind folgende Behörden:

- Wupperverband
- BR Arnsberg Dezernat 54 (Umweltverwaltung)
- Geologisches Landesamt NRW
- Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Schwelm (AGU)
- EN-Kreisverwaltung (Untere Wasser-, Abfall- und Landschaftsbehörde)

Gemäß § 4a Abs. 3 BauGB können Anregungen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen der 24. FNP-Änderung vorgebracht werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

8 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe 034/2010 von verkaufsoffenen Sonntagen 2010

Herr Stobbe verweist auf die ausliegende ordnungsbehördliche Verordnung und erläutert, dass diese unter § 1 b) vom 16.10.2010 auf den 10.10.2010 korrigiert

werden musste. Der Antragsteller habe ursprünglich den 03.10.2010 beantragt, dies aber auf den 10.10.2010 abgeändert.

Herr Hens macht darauf aufmerksam, dass auch das unter § 1 c) aufgeführte Datum auf den 12.12.2010 zu berichtigen sei.

Anschließend ruft Herr Stobbe zur Abstimmung über die in der neuen Version ausgelegte und unter § 1 c) auf den 12.12.2010 korrigierte „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig:
dafür 14
dagegen: 4
Enthaltungen:

9 Erweiterung der Förderschule um den Schwerpunkt Sprache 217/2009

Auf Bitte des Herrn Philipp wiederholt Herr Voß die im Schulausschuss vorgetragene Ergänzung.

Herr Schwunk erkundigt sich nach den den Einsparungen ggf. entgegenstehenden Mehrausgaben wie z.B. Fahrkosten.

Herr Philipp hält es für sinnvoll, dass Schwelmer Schüler -wenn möglich- Schwelmer Schulen besuchen sollten.

Beschluss:

Die Förderschule für Lernbehinderung und für soziale und emotionale Entwicklung im Primarbereich wird ab dem Schuljahr 2011/12 erweitert um den Förderschwerpunkt Sprache.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Ennepetal ist fristgemäß zu kündigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

10 Neufassung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse und der Zuständigkeitsordnung der Stadt Schwelm 222/2009

10.1 Neufassung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse und der Zuständigkeitsordnung der Stadt Schwelm 222/2009/1

10.2 Neufassung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse und Änderung der Zuständigkeitsordnung 222/2009/1/1

Bürgermeister Stobbe weist darauf hin, dass lediglich über den Beschlussvorschlag der Vorlage 222/2009/1/1 zu beschließen sei, da dieser Vorlage die aktualisierten Ausfertigungen der Hauptsatzung, Geschäftsordnung und Zuständigkeitsordnung beigelegt und die Anlagen der Vorlagen 222/2009 und 222/2009/1 damit überholt seien.

Auf die Bitte des Herrn Flüshöh werden nach kurzer Erörterung die nachstehenden Änderungen (fett gedruckt bzw. durchgestrichen) in § 11 der Hauptsatzung aufgenommen:

§ 11 Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen

- (1) *Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, sind für Bedienstete in Führungspositionen Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis (**insbesondere Einstellung, Ernennung, Beförderung, Entlassung oder Versetzung**) oder das Arbeitsverhältnis einer tariflich Beschäftigten oder eines tariflich Beschäftigten (Höhergruppierung, Entlassung) zur Gemeinde verändern, durch den ~~Rat~~ Hauptausschuss im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister zu treffen. Dies gilt nicht für die Versetzung in den Ruhestand.*

Nach Aufruf des Bürgermeisters wird über den Beschlussvorschlag der Vorlage 222/2009/1/1 unter Einbeziehung der oben aufgeführten Änderungen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

11 Beratung Haushaltsplanentwurf 2010 / 2011 041/2010

Herr Schwunk schlägt zum Produkt 01.01.01 „Politische Gremien“ Sparmaßnahmen bei den Fraktionsgeldern oder durch Verkleinerung des Rates vor.

Herr Gießwein erkundigt sich, welcher Standard bei Produkt 01.01.07.525100 „Haltung von Fahrzeugen“ reduziert werden könne. Frau Kaltenbach erläutert, dass dort nur eine eingeschränkte Reduzierung möglich sei, da die meisten Fahrzeuge Feuerwehr- und Rettungswagen seien, die Verwaltung dagegen nur über wenige Fahrzeuge verfüge. Bei Abschaffung von Fahrzeugen würden aber sicher Kosten für Leihfahrzeuge und Transporte anfallen.

Herr Gießwein erklärt, dass er dazu einen Kostenvergleich haben müsse, um die Auswirkungen beurteilen zu können. Frau Kaltenbach gibt hierzu nähere Erläuterungen.

Anschließend weist Herr Gießwein darauf hin, dass die Aussage „Standardreduzierung möglich“ nur dort stehen sollte, wo sie Sinn mache.

Bürgermeister Stobbe teilt mit, dass der Ansatz war, sich Gedanken über alles zu machen.

Herr Feldmann bezieht sich auf den Vorschlag des Herrn Schwunk zu Sparmaßnahmen bei den Fraktionszuwendungen und bittet, hierbei auch zu berücksichtigen, um welche Beträge es hier gehe und dass kleine Fraktionen auch die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit finanzieren müssten.

Herr Flüshöh betont, dass die CDU-Fraktion die Verkleinerung des Rates seinerzeit favorisiert habe.

Anschließend erkundigt er sich nach den Gründen für das Ungleichgewicht bei den Produkten 01.01.03 „Gleichstellung von Mann und Frau“ mit 100 € für Fortbildungen und Reisekosten und 01.01.05 „Beschäftigtenvertretung“ mit 2.500 € für den gleichen Zweck. Dies beantwortet ihm Frau Kaltenbach damit, dass auf die Fortbildungen der Beschäftigtenvertretungen ein Rechtsanspruch nach dem LPVG bestehe und diese in Summe teurer seien. Im Vergleich zu anderen Städten liege man jedoch an der unteren Grenze.

Nachfolgend werden die erheblichen Aufwendungen für Porto und Versand unter 01.01.07, die Kosten unter 01.01.08 „Technikunterstützte Informationsverarbeitung“ für die Einführung einer Zeiterfassungssoftware, die Kosten für behindertenberechtete Ausstattung unter 01.01.09 „Personal- und Organisationsmanagement“ und die Haftpflichtversicherung für Dienstfahrzeuge unter 01.01.11 „Rechts- und Versicherungsangelegenheiten“ erörtert.

Zu den Kosten für Office-Lizenzen unter 01.01.08 wird über die Einführung von Open-Office, den Erwerb gebrauchter Lizenzen und ggf. Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Städten diskutiert.

Zu der von Herrn Schwunk angeregten weiteren Reduzierung der Stunden der Gleichstellungsbeauftragten sind sich Frau Gießwein, Herr Feldmann und Frau Dr. Hortolani einig, dass bei 20 Wochenstunden das absolute Minimum erreicht sei.

Auf die Nachfrage des Herrn Schwunk, wann er seine gestellten Fragen zu Fraktionsgeldern, Kurierdiensten, Druckerei etc. beantwortet bekomme, erwidert Herr Stobbe, dass die Fraktionen zunächst konkrete Vorschläge einreichen sollten, die dann von der Verwaltung berechnet würden.

Kenntnisnahme festgestellt

12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 033/2010
04.02.2010 "Einführung eines ganzheitlichen
Energiemanagements für alle Liegenschaften der
Stadt Schwelm"

Herr Gießwein teilt mit, dass Herr Striebeck im Liegenschaftsausschuss am 02.03.2010 noch nicht alle Fragen abschließend beantworten konnte, da die Unterlagen gerade erst eingegangen waren.

Seines Erachtens müsse über den Antrag formal abgestimmt und nicht in allen drei Gremien lediglich Kenntnis genommen werden.

Er unterbreitet den Vorschlag, dass die Verwaltung in den nächsten Wochen weitere Informationen und Auswertungen zusammenstelle und die Angelegenheit nochmals in den nächsten Liegenschaftsausschuss komme. Dann könne seine Fraktion abschätzen, ob alle Punkte des Antrages berücksichtigt worden seien.

Herr Stobbe schlägt daraufhin vor, den Antrag an dieser Stelle nicht weiter zu behandeln und im nächsten Liegenschaftsausschuss neu einzubringen. Hierzu besteht allgemeines Einverständnis.

13 Fragen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Rüttershoff äußert sein Unverständnis, dass an Stelle des erkrankten Bürgermeisters kein stellvertretende/r Bürgermeister/in am Sportabend des Kreises Ennepe-Ruhr in Gevelsberg teilgenommen habe, an dem auch viele Schwelmer Sportlerinnen und Sportler für Ihre Leistungen geehrt wurden.

Herr Stobbe erklärt, dass er beabsichtigt habe, an dieser Veranstaltung selbst teilzunehmen, sich aber erst kurzfristig im Laufe des Vormittags abgezeichnet habe, dass die Verschlimmerung seiner Erkrankung dies unmöglich werden ließ.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 11 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, 05.03.2010

Schriftführerin
gez.
Söhner

Der Bürgermeister
gez.
Stobbe